



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverband Gladbeck

Rede SPD-Parteitag – Jens Bennarend – 12.11.2016

Liebe Genossinnen und Genossen,

meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

ich finde, wir Sozialdemokraten sind etwas zu verzagt. Auch hier in Gladbeck. Wir hatten an dem Ratsbürgerentscheid zur A52 schwer zu knabbern. Das war deutlich fühlbar.

Als dann das Verkehrsministerium auf den Trichter kam, uns trotzdem einen Überflieger vor die Nase zu setzen, musste was getan werden. Wir mussten das Votum – bei allem Unbehagen – ignorieren und dank Uli und Michael konnten wir den Tunnel, der definitiv weg war, wieder bekommen.

Trotzdem, der Stachel saß tief, den demokratischen Willen der Gladbeckerinnen und Gladbecker nicht schützen zu können. Hier hat Uli Roland Dinge auf sich genommen, die er nicht wollte, musste Positionen aufgeben und hat mehr als einmal Haltung zum Wohle der Stadt bewiesen. Danke dafür Uli.

Aber Haltung hat Uli auch noch an einer anderen Stelle bewiesen. Als im letzten Jahr die Flüchtlingswelle kam, hat Uli als erster Bürger dieser Stadt die Willkommenskultur in vorbildlicher Weise vorgelebt, gezeigt, was sozialdemokratische Solidarität mit den Schwächsten wirklich bedeutet. Ihm und seiner ganzen Familie, die da mitgetan hat, nochmals ein Dankeschön auch dafür.

Aber das ist heute nicht wirklich das Thema.

In einer Zeit, in der die Verrücktheiten der Welt nur noch Kopfschütteln hervorrufen – ich rede von Terror und Krieg, aber auch von Reichsbürgern und anderen Horror-Clowns – braucht es eine neue Politik, eine Politik, die nicht verzagt. Eine Politik, die den Menschen eine Grundsicherheit, keine Grundsicherung, eine Grundsicherheit gibt.

Es braucht wie lange nicht mehr eine starke Sozialdemokratie, eine Sozialdemokratie, deren Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität diese Grundsicherheit herzustellen vermag. Das ist meine Überzeugung.

Aber stark ist die Sozialdemokratie, gefangen im Korsett der Großen Koalition, eben gerade nicht. Eine Kanzlerin, die sich dadurch auszeichnet, dass sie nicht regiert, nicht einmal reagiert, sondern alles aussitzt, ein Innenminister, der wahrlich mehr als schwimmt, und ein Finanzminister, der auf Kosten der Länder und Städte die schwarze Null vor sich herträgt, dieses Konzept ist gut gegangen, solange es keine großen Herausforderungen gab.

Nennt mir außer der schwarzen Null ein Beispiel für einen gestalterischen, einen gesellschaftspolitisch relevanten Ansatz der Regierung, der nicht von uns kam und der umgesetzt werden konnte! Alles kassiert! Als Beispiel sei nur die Autobahnmaut genannt.

Ihr wisst, ich war gegen die GroKo. Aber ich gebe durchaus zu, dass das, was wir als Sozialdemokraten verhandelt haben, auch umgesetzt worden ist. Ausgezahlt hat sich das für uns nicht.

Allerdings, in Zeiten enormer Herausforderungen und einer Krise der sogenannten „besorgten Bürger“ hat die Regierung angefangen, zu zaudern und zu zögern und den Forderungen der Populisten und Rechtsaußen nachzukommen. Lasst mich das erläutern:

Wir haben zweimal das Asylgesetz verschärft, was unter anderem zur Folge hat, dass die jungen Syrer, die hier Quartier für ihre Familien machen sollten, diese nicht mehr nachholen können. Die Frauen und Kinder bleiben deshalb im Kriegsgebiet.

Wir haben Afghanistan quasi zum sicheren Herkunftsland erklärt, und damit das sicher bleibt, mussten wir wieder deutsche Soldaten da hin schicken.

Wir haben Verträge mit dem Sultan vom Bosphorus abgeschlossen und trauen uns deshalb nicht mehr zu sagen, was in aller Klarheit einfach nicht geht:

Das Einsperren von Journalisten, zum Beispiel der Cumhuriyet, von Richtern und Staatsanwälten, die geplante Wiedereinführung der Todesstrafe, Verhaftung von oppositionellen Parlamentariern, Kinderarbeit der syrischen Flüchtlingskinder oder der Krieg gegen eine ethnische Minderheit.

Es braucht eine starke Sozialdemokratie. Aber unsere Zahlen sind bei Umfragen nicht gut. Einerseits sicher, weil das immer so in großen Koalitionen ist, dass die Kleinen zulegen. Andererseits, weil wir eben auch zaudern und zögern und unsere ureigensten Positionen nicht deutlich genug machen.

Als ich die Einladung, die Andreas für heute vorbereitet hat, gelesen habe, ist mir wieder klar geworden, worin in Anbetracht der Ergebnisse aus den letzten Landtagswahlen, Andreas [Dunkels] Sorge besteht.

Es ist nicht meine Art über den politischen Feind zu sprechen, aber ich möchte heute eine Ausnahme machen. Die AfD wird als eine Protestwahl-Partei gesehen, die die sozial abgehängten und benachteiligten Menschen mit schlechter Bildung anspricht. Nach den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern, übrigens ein Land, das weniger Einwohner hat als der Regierungsbezirk Münster, stiegen nach der Wahl die Anfragen „AfD“ und „AfD-Programm“ in den Suchmaschinen deutlich an. Was sagt das aus?

Die AfD will die kleine Leute Partei sein, ihre Mitglieder aber sind die Reichen und Schönen der Republik. Ein Drittel der AfD-Mitglieder gehören den 20 reichsten Prozent der Republik an.

Da ergeben sich ihre Inhalte wie von selbst:

- Sicherungsverwahrung für Alkohol- und Drogenkranke
- Weniger Erinnerung an den Nationalsozialismus
- Ablehnung einer staatlichen Finanzierung des - Zitat - „selbstgewählten Lebensmodells Alleinerziehend“
- Strafmündigkeit ab 12 Jahren
- Privatisierung des Arbeitslosengeldes
- Abschaffung der Gewerbe- und Erbschaftssteuer
- Anschaffung der gesetzlichen Unfallversicherung für Arbeitnehmer
- Eine Einkommenssteuer von 20-25% für alle, also auch für die oberen 10.000, sodass Reiche sich besser stellen.

Ist das die Politik für die kleinen Leute?

Nein, es ist die Partei der Reichen und Schönen. Es ist die Partei, die – wie Trump in den USA – Angst für ihre Zwecke nutzt! Sie schürt die Angst und gibt den Menschen keine Perspektive, sie gibt eben keine Grundsicherheit, sie trennt die Menschen.

Deutsche gegen Ausländer.

Christen gegen Moslems und Juden.

Arme gegen Reiche – was übrigens besonders perfide bei dem Programm ist.

Politiker gegen Bürger. Als seien Politiker nicht auch selbst Bürger.

Der Faschismus, erklärt der Politikwissenschaftler Matthew Lyons, *„betont einen Mythos von nationaler oder rassistischer Wiedergeburt nach einer Periode des Niedergangs und Zerfalls. Zu diesem Zweck ruft Faschismus nach einer ‚spirituellen Revolution‘ gegen Zeichen des moralischen Niedergangs wie Individualismus und Materialismus und zielt darauf, die organische Gemeinschaft von ‚andersartigen‘ Kräften und Gruppen, die sie bedrohen, zu reinigen.“*

Anders gesagt: Faschismus versucht zunächst immer das „Uns“ gegen „Die anderen“ aufzubringen. Ist es nicht das, was wir von PEGIDA und Konsorten hören? Der moralische Niedergang? Ein Betrug, ja ein Verrat am Teutschen Volke? Verstärkt durch die Lügenpresse? Sollte nach Petry dafür nicht das Völkische wieder positiv besetzt werden?

Dieses Spiel ist gefährlich. Und es gibt – auch in unserer Stadtgesellschaft – einige, die das gerne spielen, um sich so den vermeintlich eigenen Erfolg zu sichern. Ich erinnere an das „Wanted“ Plakat, das bei einem unserer Parteitage eine Rolle spielte. Und war das nicht schäbig?

Aber wollen das die Bürgerinnen und Bürger?

Wollen das die Gladbeckerinnen und Gladbecker?

Ich glaube das nicht.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen Verlässlichkeit und Pragmatismus. Sie wollen, dass wir ihre Probleme angehen und lösen. Und sie wollen den Optimismus, „Wir schaffen das!“. Aber man muss auch sagen, wie wir das schaffen.

Eine Lehre, die wir aus 153 Jahren Sozialdemokratie ziehen, ist doch die: Das Los der Menschen zu verbessern, schaffen wir nur gemeinsam. Wenn wir Menschen miteinander verbinden und sie nicht voneinander trennen. Und wir schaffen das nur international, regional und kommunal gemeinsam.

Die Menschen fühlen, dass die gestalterische Kraft der Politik nicht die ist, die sie, die wir eigentlich wollen. Und genau deshalb werden wir auch im nächsten Jahr wieder um jede Stimme kämpfen, denn Stimmen zu haben, heißt sich und seinen Überzeugungen Gehör zu verschaffen.

Ich weiß aus zahllosen Gesprächen, dass unsere Werte – Freiheit – Gerechtigkeit und Solidarität –wieder ein Mehr an Bedeutung gewonnen haben.

Zur Freiheit:

In den vergangenen Monaten und Wochen haben wir über die Freihandelsabkommen mit den USA – TTIP – und mit Kanada – CETA – diskutiert. Gabriel stellt immer wieder in den Vordergrund, dass wir, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die einzigen wären, die die Abkommen inhaltlich diskutiert hätten.

Gleichzeitig wurde aber ebenfalls Verwunderung darüber ausgedrückt, dass überhaupt diese Abkommen jetzt dieses Interesse bei den Bürgerinnen und Bürgern hervorrufen, während die EU schon 28 und Deutschland alleine über 100 solcher Abkommen unterzeichnet hat.

Nun, Andorra ist nicht Amerika und Kamerun nicht Kanada. Aus wirtschaftlicher Macht folgt eine politische. Die multinationalen Konzerne, die global Player aus den USA und Kanada können allein wegen ihrer wirtschaftlichen Größe einen anderen Einfluss ausüben als ein kleiner Krauter aus Peru. Sie können eher Prozesse führen und mit Wegzug, Investitionstop und anderen Sanktionen drohen. Daher rührt diese Sorge. Daraus folgt dieses Interesse.

Eine Frage wurde nicht deutlich diskutiert. Wem nutzen diese Verträge? Wer zieht das meiste daraus?

Paul Magnette, der Ministerpräsident Walloniens, formulierte es so:

Wenn es in den Handelsvereinbarungen nichts zu verstecken gibt, wenn CETA gut für die kleinen und mittleren Unternehmen ist, wenn CETA gut für die Landwirte ist, wenn CETA gut für den Bereich der öffentlichen Versorgung ist, wenn CETA gut für das Wachstum ist, warum muss es dann im Geheimen verhandelt werden? Warum hat man nicht das Vertrauen, es vor den Bürgern zu tun?

Die Menschen fürchten um die Freiheit. Die Freiheit der Mitbestimmung, der Meinungsbildung und der Gestaltung von allem durch alle. Willy Brandt hat gesagt: „Demokratie ist keine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern der Sittlichkeit.“

Konzerne sind aber nicht der Sittlichkeit, sondern der Dividende verpflichtet.

Nehmt Nokia aus Bochum, die nach Rumänien abgehauen sind. Der Opel Astra wird in Polen gebaut und Vattenfall verklagt schon jetzt die Bundesrepublik mit einem Streitwert von 17 Milliarden Euro. Das sind keine Illusionen, das ist die Realität. Und wie sittlich ist das?

Was hat das mit Gladbeck zu tun? Fragt den Uli doch mal, wie man sich das vor Ort vorstellt. Vielleicht erinnert ihr Euch? Man fährt zwar gern als Konzern im Lieferbetrieb die Straßen der Stadt kaputt, und man zahlt auch gerne zu viele Steuern. Aber eben nur in dem Bewusstsein, dass das Geld zurückkommt und – so das Gesetz – von der Stadt mit 6% verzinst werden muss. Die Stadt wollte direkt die zu viel veranschlagten Steuern zurückzahlen, Phenol wollte das nicht! Kein Wunder bei 6% Verzinsung. Auf Kosten der Stadt. Auf Kosten von uns allen.

Wir haben diskutiert, das ist wahr. Aber:

Es wurde nicht ausreichend diskutiert, dass Freihandelsabkommen vom ERT entwickelt wurde, dem Europäischen Runden Tisch der Industrialisten – der heißt wirklich so und der berät wirklich direkt die EU-Kommission.

Es wurde nicht ausreichend diskutiert, dass CETA und TTIP von Großkonzernen für Großkonzerne ist.

Es wurde nicht ausreichend diskutiert, in welchem Maße der Einfluss des Großkapitals auf die demokratischen Entscheidungsprozesse damit wächst.

In zahlreichen Gesprächen haben mir die Menschen genau diese Angst geschildert. In Berlin haben im vergangenen Jahr 250.000 Menschen dagegen demonstriert. Das war die größte Demonstration seit der gegen die Stationierung von Atomraketen damals in Bonn.

In Anbetracht dieser Angst haben wir noch etwas nicht ausreichend diskutiert:

Wie groß ist die Gefahr, sich von unseren Mitbürgerinnen und -bürgern abzukoppeln, sich von ihnen zu isolieren, wenn man die Abkommen durchwinkt? Welche Folgen hat das? Bedenkt die Wahlen in den USA!

Das wurde für eine Partei des demokratischen Sozialismus zu wenig berücksichtigt, zu wenig berücksichtigt und gewürdigt in einer Zeit, in der die Demokratie insgesamt offensichtlich in einer Krise steckt.

Die Freiheit ist wieder ein Thema für die Menschen. Für uns war sie das immer.

Zur Gerechtigkeit:

Wir leben in Zeiten, in denen Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, nicht von ihrer Rente leben können, sondern aufstocken müssen. Alte Menschen, die auf barrierefreies Wohnen angewiesen sind, bekommen keine Kredite mehr um in ihrem angestammten Quartier wohnen bleiben, ihre Kontakte zu pflegen und möglichst lange selbstbestimmt leben zu können. Ich bin der AG60plus dankbar für ihren Impuls, den wir Euch heute als Antrag vorlegen.

Aber davon ab: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

Die Banker, die für die Bankenkrise verantwortlich waren, zahlen sich wieder Boni aus, genauso wie die VW-Manager, die verantwortlich für den Abgasskandal sind. Gleichzeitig haben immer mehr Menschen nicht nur einen Job um über die Runden zu kommen.

Vielleicht erinnert Ihr Euch an die Rede von Erhard Eppler hier in Gladbeck zum ersten Mai.

Er hat damals die Forderung gestellt, man möge ihm einmal erklären, was ein Spitzenmanager einer Bank oder eines Konzern denn mehr leistet, wenn man seine Arbeit mit der einer Krankenschwester, eines Bauarbeiters oder eines Angehörigen vergleicht, der einen lieben alten Menschen begleitet, ihm hilft und pflegt. Er hat damals die Gehälter und Boni der Top Manager als sittenwidrig bezeichnet.

Hat sich da was getan? Die Vorstände der 30 Unternehmen im Deutschen Aktienindex (Dax) haben durchschnittlich ein 57-mal so hohes Einkommen wie gewöhnliche Mitarbeiter. Vor rund zehn Jahren ist es „nur“ das 42-Fache gewesen, wie die Hans-Böckler-Stiftung herausgefunden hat. Ist die Arbeit einer Krankenschwester 57-mal weniger wert?

Nebenbei: Frauen, die nach Meinung der Petri-Jünger sich eigentlich um die Familie kümmern sollten anstatt zu arbeiten, verdienen in Deutschland im Durchschnitt 14.000 Euro weniger als die Männer, und nein, die Quelle ist nicht die Emma, sondern die BILD-Zeitung.

Und das ist keine Neiddebatte. Es ist eine Gerechtigkeitsdebatte und wir sind die einzigen, die sie vorantreiben können.

Zur Solidarität:

Nennt es Solidarität, nennt es Nächstenliebe. Ich habe immer gedacht, dass es bedeutet, sich an die Seite der Schwächsten zu stellen. Mit ihnen gemeinsam Probleme zu lösen, ihnen auf die Beine zu helfen und dafür zu sorgen, dass sie selbst wieder laufen können.

Und das sei den Bewahrern des Abendlandes einmal ins Stammbuch geschrieben: Solidarität heißt nicht sich einzumauern, sondern da zu sein, wo Hilfe gebraucht wird. Wer die Bilder von Aleppo, von Mossul gesehen hat, der sollte sich schämen, diese Menschen zu diffamieren. Die sind alle aus egoistischen Gründen hierhergekommen? Natürlich sind sie das! Sie haben ihre Haut, ihr Leben gerettet. Und genau deshalb gibt es das Recht auf Asyl und den Schutz von Kriegsflüchtlingen, so wie wir, gerade wir Sozialdemokraten das bis 1945 auch in Anspruch nehmen mussten.

Solidarität ist sicher keine Einbahnstraße. Aber staatliche organisierte Solidarität spiegelt sich in einer guten Sozialpolitik und eine gute Sozialpolitik beinhaltet immer auch eine gute Integrations- und Inklusionspolitik.

Als Siegmar das vorgeschlagen hat, ist er von Schäuble als „erbarmungswürdig“ und „armselig“ abgekanzelt worden. Es mag sein, dass die Pragmatik in der GroKo zu einem schnellen Verzeihen führt.

In Anbetracht der Gerechtigkeitslücke im Land, der sozialen Schere, die auseinandergeht, bin ich nicht bereit, das zu verzeihen.

Nun gut, unter unsolidarisch findet man im Lexikon eh ein Bild von Schäuble. Das beste Beispiel ist die Entlastung der Städte. Was hat die schwarze Null denn dazu vorgeschlagen, nachdem er sich die schon auf Kosten der Städte gesichert hat? Er will die Entlastung der Städte über die Gewerbesteuer vorantreiben. Das bedeutet, dass die Städte mit viel Gewerbesteuer mehr bekommen. Städte, die viel bekommen, bekommen also noch mehr.

Wir hier in NRW wollen das über die Kosten der Unterbringung, KdU, machen. Das bedeutet, dass die Städte, die große Soziallasten tragen müssen, eine besonders große Entlastung erhalten.

Dafür streiten unsere Abgeordneten, allen voran Michael Hübner als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im Landtag.

Wir wollen starke Städte und eine kommunale Selbstverwaltung, die sozial gestalten kann. Keine kommunale Selbstkasteiung!

Wir streiten für Solidarität, genauso wie wir für Freiheit und Gerechtigkeit streiten. Und wir streiten damit für die Menschen. Nicht für die, denen es gut geht. Nicht für Wirtschaftsbosse und Industriekapitäne.

Aber wir wissen, für Brot braucht man Lohn. Wir wollen Industrie und Wirtschaft, weil es in diesem System nicht ohne geht. Weil wir Menschen teilhaben lassen wollen, an der Mitbestimmung, an der Information und auch am Wohlstand.

Im nächsten Jahr werden wir entscheiden, wie es mit Deutschland und NRW weitergehen soll. Wir werden einen neuen Bundestag und einen neuen Landtag wählen. Ihr habt schon Michael Gerdes und Michael Hübner mit viel Vertrauen in diesen Kampf geschickt, aber auch hier laufen schon diejenigen herum, deren Verdienste man in eine Erbse ritzen kann und reden unser Land schlecht.

NRW ist top. Nordrhein-Westfalen erwirtschaftete 2015 mit rund 646 Milliarden Euro knapp 21,3 Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes. Platz 1.

Wären wir ein unabhängiges Land, lägen wir vor Ländern wie der Schweiz, Schweden und Polen.

Das Wirtschaftswachstum liegt nicht bei 0%, wie uns einige weiß machen wollen. Wenn man heute schaut liegt das Wachstum in diesem Jahr bei 2,1% bei einem Bundesdurchschnitt von 2,3%.

Eines vergessen die Genossinnen und Genossen im Bund immer wieder gerne. Von den Abgeordneten aus den anderen Parteien brauchen wir gar nicht zu reden. Wir hier in NRW schultern immer noch nicht nur unseren eigenen Strukturwandel, nicht nur den

Abbau von tausenden Arbeitsplätzen, den wir so sozialverträglich wie möglich gestaltet haben und immer noch gestalten. Wir hier schultern eben auch noch immer den Aufbau Ost nebenbei. Eine Doppelbelastung, die höchstens noch das Saarland nachvollziehen kann.

Lasst Euch nicht ins Bockshorn jagen! Wir sind die Guten und wir bleiben es. Wir kämpfen um die Stimmen um ihnen, um uns Gehör zu verschaffen.

Aber wir müssen es den Menschen sagen. Wir müssen noch besser informiert sein, noch enger bei den Menschen sein, wir müssen sie überzeugen.

Versteht mich nicht falsch, wir sind dicht bei den Menschen. Wir

kennen ihre Nöte und Sorgen. Gerade wir im Ruhrgebiet, wir sagen, was wir meinen, und machen, was wir sagen.

Aber genau diese Arbeit, die Arbeit in den Ortsvereinen, an der Bass, mit den Nachbarn, das ist es, was die Sozialdemokratie so erfolgreich macht. Dafür möchte ich euch allen danken.

Aber ich glaube auch, hier können und hier wollen wir noch besser werden.

Genau aus diesem Grunde wollen wir Genossinnen und Genossen fördern und qualifizieren, um uns fit für die Zukunft zu machen. Der Antrag O-1 liegt Euch vor.

Wir wissen, welche die Sorgen und Nöte die Menschen treiben. Sei es bei dem Programm des Landes „Gute Schule 2020“, bei dem das Land den Städten Geld in die Hand gibt, um ihre Schulen auf Vordermann zu bringen. Auch bei der Schulsozialarbeit haben wir schon vor Jahren in Gladbeck beschlossen, diese weiterzuführen. Uns in Gladbeck war und ist es egal, ob es Bundesaufgabe oder Ländersache ist.

Es ist aber gewiss keine städtische Aufgabe, aber wir hier vor Ort haben trotzdem die Verantwortung übernommen, weil wir die Notwendigkeit sahen. Auch dazu legen wir Euch einen Antrag vor.

Wir brauchen eine starke Sozialdemokratie, wir hier in Gladbeck haben eine starke Sozialdemokratie. Dafür streiten wir, dafür kämpfen wir.

In diesem Sinne.

Glück auf.